

II- 2963 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG1010 Wien, den  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

5. Sep. 1973

197

Zl. 10.009/150-1a/1973

1407 / A.B.zu 1456 / J.Präs. am 5. Aug. 1973B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. KAUFMANN und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, be-  
treffend Beiräte, Kommissionen und Projektgruppen, No. 1456/J.

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich, folgendes  
mitzuteilen:

I. Arbeitsmarktpolitik:Zu 1: keineZu 2:

Der Beirat für Arbeitsmarktpolitik und seine Ausschüsse  
wurden neben den laufenden Angelegenheiten insbesondere  
mit wichtigen arbeitsmarktpolitischen Grundsatzpapieren,  
der Arbeitsmarktvorschau für 1973 und dem arbeits-  
marktpolitischen Schwerpunktprogramm für 1973, mit der  
Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz (in der Folge  
als AMFG zitiert) und dem Entwurf zum Sonderunter-  
stützungsgesetz, mit der Verwirklichung des arbeits-  
marktpolitischen Konzeptes und Entwicklungstendenzen  
in der Arbeitsmarktpolitik sowie der Gestaltung und  
Struktur des Förderungsbudgets 1974 befaßt.

Zu 3:

- a) Der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung aus-  
gearbeitete Entwurf einer Novelle zum AMFG wurde nach  
Abschluß des Begutachtungsverfahrens nochmals im  
November 1972 dem Beirat vorgelegt und beraten.  
Die Novelle zum AMFG ist im 38. Stück des Bundes-  
gesetzblattes ausgegeben worden und am 13. April 1973  
unter der Nr. 173 erschienen und trat mit 1. Mai 1973  
in Kraft. Die im Begutachtungsverfahren zum ebenfalls  
vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ausge-  
arbeiteten Sonderunterstützungsgesetz eingelangten

- 2 -

Stellungnahmen wurden im Beirat in seiner Sitzung im Juni 1973 eingehend diskutiert.

- b) Der Beirat für Arbeitsmarktpolitik erhielt sowohl für das Jahr 1973 als auch für 1974 Gelegenheit zur Verwendung der für die Arbeitsmarktförderung bereitgestellten Budgetmittel Stellung zu nehmen. Der Aufbau der Budgetgestaltung der Arbeitsmarktverwaltung basiert auf der Verwertung der im Beirat für Arbeitsmarktpolitik erzielten Ergebnisse. Die vom Beirat gemachten Empfehlungen hinsichtlich einer Prioritätenreihung der verschiedenen Förderungsbegehren nach dem AMFG fanden bei der Erlassung der Durchführungsvorschriften zum AMFG ihren Niederschlag. Überdies hat der Beirat für Arbeitsmarktpolitik auf die Entscheidung über Beihilfebegehren nach dem AMFG im Rahmen seiner im AMFG vorgesehenen Anhörung unmittelbaren Einfluß. Wie noch später zu Punkt 13 und 14 näher ausgeführt wird, wurde 1973 im Geschäftsführenden Ausschuß des Beirates für Arbeitsmarktpolitik die Programmbudgetierung als künftige Form der Budgeterstellung des EM f. soz. Verwaltung besprochen und für zweckmäßig befunden.

Zu 4 und 5: Im Jahre 1969 wurde der Beirat für Arbeitsmarktpolitik eingesetzt, dem fünf Ausschüsse zur Erledigung bestimmter Aufgaben zur Seite stehen. Gemäß § 41 Abs. 2 des AMFG obliegt dem Beirat die Beratung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung bei der Festlegung der zu verfolgenden Arbeitsmarktpolitik. Er ist weiters in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und in Fällen zu hören, wo dies gesetzliche Vorschriften vorsehen. Dem Ausschuß I (Geschäftsführender Ausschuß des Beirates) obliegt die Beratung des Ressorts in allen wichtigen arbeitsmarktpolitischen

- 3 -

Fragen, die er auch abschließend behandeln kann, sofern nicht der Beirat selbst zuständig ist. Der Kreis der Aufgaben des Beirates, die dem Ausschuß I zur Wahrnehmung übertragen sind, wurde seit Juni 1973 gemäß einem Beiratsbeschuß, der Novelle zum AMFG entsprechend, noch erweitert. Der Ausschuß II befaßt sich mit Fragen der Arbeitsmarktbeobachtung und Arbeitsmarktvorschau. Ausschuß III ist für berufspolitische Fragen und Fragen der Mobilitätsförderung zuständig, während im Ausschuß IV arbeitsmarktpolitische Angelegenheiten der Frauen behandelt werden. In Ausschuß V wird die Anhörung des Beirates im Zusammenhang mit den Verwaltungsverfahren bezüglich Einrichtungen zur Arbeitsvermittlung außerhalb der Arbeitsmarktverwaltung gemäß §§ 17 und 18 AMFG vorbereitet.

Zu 6:

Der Beirat und die Ausschüsse II bis V werden mehrmals im Jahr bei Bedarf einberufen. Der Ausschuß I tagt grundsätzlich einmal im Monat, kann aber erforderlichenfalls öfter einberufen werden. Eine Fristsetzung für die Behandlung bestimmter Angelegenheiten ist nicht vorgesehen, ergibt sich aber im Einzelfall aus der Sache selbst.

Zu 7:

Für 1973 wurde für die Arbeit des Beirates und der Ausschüsse ein Betrag von S 25.000,- veranschlagt.

Zu 8:

Aufgrund der unter 3a angeführten Novelle zum AMFG wurde der Kreis der Mitglieder des Beirates für Arbeitsmarktpolitik durch die Beiziehung eines Vertreters des Bundesministeriums für Verkehr bzw. sein Ersatzmitglied erweitert. Die Namen der

- 4 -

ressortfremden Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Beirates sowie der Mitglieder der Ausschüsse sind aus den angeschlossenen Verzeichnissen ersichtlich. Nach § 9 Abs.3 der Geschäftsordnung des Beirates kann jedes Mitglied der Ausschüsse für den Fall seiner Verhinderung einen Fachmann namhaft machen, zu dessen Beiziehung der Vorsitzende des Ausschusses verpflichtet ist.

Zu 9:

Den Mitgliedern des Beirates-sowie seit Inkrafttreten der Novelle zum AMFG auch den Mitgliedern der Ausschüsse-gebührt gemäß § 43 Abs.4 AMFG Ersatz der Reise- und Aufenthaltskosten sowie Entschädigung für Zeitversäumnis entsprechend den Bestimmungen und Tarifen, die für Schöffen nach dem Gebührenanspruchsgesetz 1965, BGBl.Nr.179, gelten. Darüber hinaus wird ihnen ein Sitzungsgeld gewährt, das gegenwärtig (seit der mit Wirkung vom 1. Mai 1973 in Kraft getretenen Novelle zum AMFG) S 150,- beträgt.

Zu 10 bis 12: keine

Zu 13 und 14:

Vom Beirat für Arbeitsmarktpolitik wurde nach Maßgabe der arbeitsmarktpolitischen Erfordernisse der für den Bundesdurchschnitt geltende Anteil der im einzelnen im Arbeitsmarktförderungsgesetz vorgesehenen Förderungsarten an den Gesamtförderungsmitteln für das Jahr 1973 wie folgt festgelegt:

Ausbildungsbeihilfe (§ 19 Abs.1 lit.a AMFG)	21 %
Förderung der beruflichen Mobilität (Individual- u. Betriebsförderung § 19 Abs.1 lit.b AMFG)	37 - 38 %
Förderung der geographischen Mobilität und des Arbeitsantrittes (§ 19 Abs.1 lit. c - g AMFG)	4 %

- 5 -

Bekämpfung von kurzfristigen Beschäftigungsschwankungen (PAF, Kurzarbeiterunterstützung und Winterbekleidung - § 27 Abs.1 AMFG) 33 %

Beihilfen zur Strukturbereinigung (§ 35 Abs.1 AMFG) 4 - 5 %

Für das Jahr 1974 wurden vorderhand nur Tendenzen für die Verteilung der Gesamtförderungsmittel besprochen, da aufgrund des Inkrafttretens der Novelle zum AMFG und die dadurch geschaffenen neuen Förderungsmöglichkeiten, für die aus früheren Jahren keine Vergleichswerte für die Budgetplanung herangezogen werden können, erst im Herbst nach Sammlung der Erfahrungen mit den neuen Beihilfearten ein genaues Konzept erstellt werden kann. Der Beirat sprach sich für folgende Entwicklung für 1974 aus:

1. Die Förderung der beruflichen Mobilität durch Arbeitsmarktschulung und der Ausbau des Arbeitsmarktservices sollten weiterhin im Mittelpunkt der arbeitsmarktpolitischen Aktivität stehen, wobei insbesondere auch die Schaffung von Grundlagen- und Informationsmaterial über die Entwicklung in den Berufen verstärkt werden soll.
2. Der Anteil der Lehrlingsbeihilfe (Ausbildungsbeihilfe) am Gesamtrahmen der Arbeitsmarktförderungsausgaben soll eher verringert werden.
3. Der Anteil von Maßnahmen zur Bekämpfung kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen (im wesentlichen PAF [Produktive Arbeitsmarktförderung] und Winterbekleidung) soll gleichfalls etwas verringert werden.
4. Die Förderungsmöglichkeiten nach § 35 AMFG (Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen)

- 6 -

sind sorgfältig mit den übrigen verfügbaren Förderungsmöglichkeiten abzustimmen.

Für die Ausbildungsbeihilfe empfiehlt der Beirat für Arbeitsmarktpolitik rund 60 Mio. S und für Wintermehrkosten-PAF rund 80 Mio.S.

Im Jahre 1973 wurde erstmals im Geschäftsführenden Ausschuß des Berates für Arbeitsmarktpolitik beschlossen, alle Aktivitäten der Arbeitsmarktverwaltung ab 1974 in Form von Programmen darzustellen, wobei die einzelnen Programme neben einer verbalen Aussage auch eine Aufgliederung der zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Kosten enthalten sollen. Die Programmbudgetierung soll soweit als möglich zu einer Art Kosten-Nutzenrechnung ausgebaut werden. Dem Programmbudget, das sich in Hauptprogramme, Programme und Teilprogramme gliedert, soll jeweils ein Leistungskatalog gegenüber gestellt werden. Durch die Programmbudgetierung wird die Planung bei der Verwendung der Mittel verstärkt und übersichtlich gemacht.

## II. Arbeitsrecht

Zu 1: keine

Zu 2:

Die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes hat ihre Beratungen betreffend die kodifikatorische Gestaltung der wesentlichen Bestimmungen des kollektiven Arbeitsrechts abgeschlossen.

Zu 3:

Unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse der Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes wurde von meinem Ressort der

- 7 -

Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Arbeitsverfassung ausgearbeitet und Ende des Jahres 1972 zur Begutachtung ausgesandt. Nach Überarbeitung dieses Entwurfes auf Grund der Ergebnisse des Begutachtungsverfahrens wurde der Gesetzentwurf am 27. Juni 1973 im Ministerrat eingebracht und nach Billigung durch den Ministerrat am 3. Juli 1973 dem Nationalrat zur parlamentarischen Behandlung zugeleitet.

Zu 4:

Derzeit besteht beim Bundesministerium für soziale Verwaltung die bereits im Jahre 1967 eingesetzte, im Jahre 1972 umgestaltete Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes, der an ressortfremden Personen Vertreter der Wissenschaft, der Interessensvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst angehören.

Zu 5:

Die vorerwähnte Kommission wurde mit der Beratung der einzelnen Teilgebiete des Arbeitsrechtes betraut.

Zu 6:

Wie zu 3 angeführt, sind die Arbeiten der Kommission im Entwurf betreffend das Arbeitsverfassungsgesetz berücksichtigt worden.

Zu 7:

Für das Jahr 1973 steht der Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes für ihre Arbeiten ein Budgetrahmen von S 529.000,-- zur Verfügung.

Zu 8:

Folgende ressortfremde Personen haben von Jänner

- 8 -

1972 bis Juni 1972 in der "Kodifikationskommission"  
mitgearbeitet:

Min.Rat Dr. Karl Arthold

Universitätsprofessor Dr. Franz Bydlinski

Dr. Josef Cerny

Dr. Josef Eisenzopf

Universitätsprofessor DDr. Hans Floretta

ÖRR Dr. Alexander Gellen

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Jakob Halder

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Walter Hauser

Ministerialrat Dr. Rudolf Häusler

Dr. Hubert Hofeneder

Hofrat Dr. Hanns Inama

Hofrat Dr. Hubert Kern

Dr. Herbert Kinzel

Dr. Herbert Kohlmaier

Abgeordneter zum Nationalrat

Sektionschef Dr. Edwin Loebenstein

Universitätsprofessor Dr. Theo Mayer-Maly

Landesgerichtsrat Dr. Walter Meinhart

Abgeordneter zum Nationalrat Werner Melter

Dr. Karl Mosburger

Abgeordneter zum Nationalrat Herbert Pansi

Sektionschef i.R. Dr. Viktor Pigler

Dr. Helfried Rainer

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Karl Reinhart

Kammeramtsdir. Dr. Otto Scheer

Universitätsprofessor Dr. Gerhard Schnorr

Dr. Rudolf Schuberth

Präsident Dr. Walter Schuppich

Präsident Dr. Walter Schuster

Universitätsprofessor Dr. Walter Schwarz

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Walter Schwimmer

Abgeordneter zum Nationalrat Otto Skritek



- 9 -

Hochschulprofessor Dr. Karl Spielbüchler  
Hochschulprofessor Dr. Rudolf Strasser  
Ministerialrat Dr. Helmuth Tades  
Universitätsprofessor Dr. Theodor Tomandl  
Dr. Walter Tutschka  
Obersenatsrat Dr. Hans Vorrath  
Dr. Hanns Waas  
Abgeordneter zum Nationalrat Karl Wedenig  
Präsident Dr. Gerhard Weissenberg  
Sektionsrat Dr. Karl Zuser

Infolge Umgestaltung gehören seit Juli 1972 folgende  
ressortfremde Personen der Kommission an:

Universitätsprofessor Dr. Franz Bydlinski  
Dr. Josef Cerny  
Universitätsprofessor DDr. Hans Floretta  
Dr. Herbert Kinzel  
Sektionschef Dr. Edwin Loebenstein  
Universitätsprofessor Dr. Theo Mayer-Maly  
Dr. Martin Mayr  
Landesgerichtsrat Dr. Walter Meinhardt  
Abgeordneter zum Nationalrat Herbert Pansi  
Dr. Helfried Rainer  
Kammeramtsdirektor Dr. Otto Scheer  
Universitätsprofessor Dr. Gerhard Schnorr  
Universitätsprofessor Dr. Walter Schwarz  
Hochschulprofessor Dr. Karl Spielbüchler  
Hochschulprofessor Dr. Rudolf Strasser  
Universitätsprofessor Dr. Theodor Tomandl  
Dr. Walter Tutschka  
Präsident Dr. Gerhard Weissenberg

Zu 9:

Folgende Kommissionsmitglieder, die keinem Ar-  
beitsausschuß bzw. lediglich dem Arbeitsausschuß I

- 10 -

angehörten (der im Jahre 1972 keine Sitzungen abgehalten hat) und infolge der Umgestaltung der Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes ausschieden, erhielten 1972 die Hälfte der im Jahre 1971 an die Plenarmitglieder ausbezahlten Aufwandsentschädigung, das sind S 375,--:

Min.Rat Dr. Karl Arthold

Dr. Josef Eisenzopf

ÖRR Dr. Alexander Gellen

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Jakob Halder

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Walter Hauser

Min.Rat Dr. Rudolf Häusler

Hofrat Dr. Hanns Inama

Hofrat Dr. Hubert Kern

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Herbert Kohlmaier

Abgeordneter zum Nationalrat Werner Melter

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Karl Reinhart

Dr. Rudolf Schuberth

Präsident Dr. Walter Schuster

Min.Rat Dr. Helmuth Tades

Obersenatsrat Dr. Hans Vorrath

Dr. Hanns Waas

Abgeordneter zum Nationalrat Karl Wedenig

Dr. Hubert Hofeneder

Dr. Karl Mosburger

Präsident Dr. Walter Schuppich

Sektionsrat Dr. Karl Zuser

Folgende Personen, die sowohl der Kommission als auch dem Arbeitsausschuß II angehörten und im Jahre 1972 aus der Kommission ausgeschieden sind, erhielten im Jahre 1973 eine Aufwandsentschädigung von S 3.000,--:

Sektionschef i.R. Dr. Viktor Bigler

- 11 -

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Walter Schwimmer  
Abgeordneter zum Nationalrat Otto Skritek

Folgende Personen, die zumindest einem Arbeits-  
ausschuß angehörten und auch weiterhin der unge-  
stalteten Kommission angehören, erhielten im  
Jahre 1972 eine Aufwandsentschädigung von S 6.000,--.

Es sind dies:

Universitätsprofessor Dr. Franz Bydlinski  
Dr. Josef Cerny  
Dr. Helfried Rainer  
Universitätsprofessor Dr. Hans Floretta  
Dr. Herbert Kinzel  
Sektionschef Dr. Edwin Loebenstein  
Universitätsprofessor Dr. Theo Mayer-Maly  
Landesgerichtsrat Dr. Walter Meinhart  
Abgeordneter zum Nationalrat Herbert Pansi  
Kammeramtsdir. Dr. Otto Scheer  
Universitätsprofessor Dr. Gerhard Schnorr  
Universitätsprofessor Dr. Walter Schwarz  
Hochschulprofessor Dr. Karl Spielbüchler  
Universitätsprofessor Dr. Theodor Tomandl  
Dr. Walter Tutschka  
Präsident Dr. Gerhard Weissenberg

Herr Dr. Martin Mayr erhielt eine Aufwandsentschädigung  
von S 3.000,--, da seine Nominierung zum Kommissions-  
mitglied im Juli 1972 erfolgte.

Hochschulprofessor Dr. Rudolf Strasser erhielt  
infolge seiner Tätigkeit als Stellvertreter des  
Vorsitzenden und als Leiter der Beratungen eine  
Aufwandsentschädigung von S 6000,-- monatlich.

Zu 10 bis 12: keine

Zu 13 und 14:

Die Neugestaltung des kollektiven Arbeitsrechtes

- 12 -

und der Betriebsverfassung, die im Rahmen der Kodifikationsarbeiten bisher beraten wurde, hat auf die staatliche Verwaltung keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Es war daher nicht nötig, Finanzierungspläne für diesen - die private Wirtschaft betreffenden - Bereich zu erstellen.

### III. Arbeitnehmerschutz:

#### Zu 1:

Mit Inkrafttreten des Arbeitnehmerschutzgesetzes, BGBl.Nr.234/1972, am 1. Jänner 1973 endete auf Grund des § 32 dieses Gesetzes die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission; an ihre Stelle trat auf Grund des § 25 des genannten Gesetzes die Arbeitnehmerschutzkommission.

#### Zu 2:

Die Unfallverhütungskommission schloß im Jahre 1972 die Begutachtung der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung, Zentral-Arbeitsinspektorat, ausgearbeiteten Entwürfe für folgende Verordnungen ab:

- a) Verordnung über die Geschäftsordnung der Arbeitnehmerschutzkommission
- b) Verordnung über Einrichtungen in den Betrieben für die Durchführung des Arbeitnehmerschutzes
- c) Druckluft- und Taucherarbeitenverordnung
- d) Verordnung über die Verbindlicherklärung einer ÖNorm für Sicherheitsgürtel und Zubehör.

Ferner wurde die Begutachtung des Entwurfes einer Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Arbeiten aufgenommen.

#### Zu 3:

- a) Das Zentral-Arbeitsinspektorat konnte die Arbeiten an den in den Ausführungen zu 2 lit. a bis d genannten Verordnungsentwürfen inzwischen

- 13 -

abschließen. Die Verordnung unter lit. a wurde unter Nr. 82/1973 und jene unter lit. b unter Nr. 253/1973 im Bundesgesetzblatt kundgemacht. Die unter lit. c und d angeführten Verordnungen wurden von mir am 25. Juli d.J. gefertigt; sie werden in der nächsten Zeit im Bundesgesetzblatt verlautbart werden.

Die Arbeitnehmerschutzkommission hat die seinerzeit noch durch die Unfallverhütungskommission begonnene Begutachtung der Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten im April l.J. abgeschlossen; nach Durchführung des allgemeinen Begutachtungsverfahrens wird an der Fertigstellung dieser Verordnung gearbeitet.

Zu 4:

Wie bei Beantwortung zu 1 ausgeführt wurde, ist mit dem Inkrafttreten des Arbeitnehmerschutzgesetzes die Arbeitnehmerschutzkommission im Bundesministerium für soziale Verwaltung errichtet worden.

Zu 5:

Gemäß § 25 des Arbeitnehmerschutzgesetzes ist die Arbeitnehmerschutzkommission zur Beratung und Begutachtung in grundsätzlichen Angelegenheiten des Schutzes des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeitnehmer berufen; sie dient ferner dem Erfahrungsaustausch in solchen Angelegenheiten sowie der allgemeinen Förderung des Arbeitnehmerschutzes.

Zu 6:

Die Arbeitnehmerschutzkommission ist eine ständige Einrichtung; die Kommission ist bestrebt, die ihr zur Begutachtung zugeleiteten Verordnungs-

- 14 -

entwürfe möglichst rasch zu behandeln. Bisher war es nicht notwendig, der Kommission für ihre Arbeiten Termine zusetzen.

Zu 7:

Die Tätigkeit der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Arbeitnehmerschutzkommission ist ehrenamtlich.

Zu 8:

Als Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder der Arbeitnehmerschutzkommission sind tätig:

Mitglieder:

Dipl.Ing. Karl HABECK  
Dipl.Ing. Leopold KDOLSKY  
Med.Rat Dr. Alfred RABER  
Dr. Karl ALBER  
Dr. Heinrich BASALKA  
Dipl.Ing. Rudolf NASKE  
Sekr. Ernst FREISINGER  
Sekr. Walter MAYERHOFER  
Präs.Dr. Berthold WEINRICH  
Dr. Helmut TRAUN  
Ing. Leopold GRAS  
Direktionsrat Dr. Friedrich WIBIRAL

Ersatzmitglieder:

Dipl.Ing. Johann GUMFESBERGER  
Dipl.Ing. Othmar HEUBECK  
Ing. Helmut STENZEL  
Dr. Wolfgang ADAMETZ  
abs.jur. Richard KELLNER  
Dipl.Ing. Dr. Peter STELZL  
Gen.Sekr.DDr. Hans SKROVANLEK  
Sekr.Hans ESCHIRITSCH  
Sekr. Wilhelm THILL  
Dr. Franz GEROLDINGER  
Kammerdirektor Dr. Walter HARRINGER

- 15 -

Richard GRABMAYER

Direktionssekretär Franz BRANDSTÄTTER

In dem von der Unfallverhütungskommission eingesetzten Fachausschuß zur Begutachtung des Entwurfes einer Verordnung über die gesundheitliche Eignung von Arbeitnehmern für bestimmte Tätigkeiten waren tätig:

als Mitglieder:

Präs. Dr. Berthold WEINRICH

Med.Rat Dr. Alfred RABER

Dr. Karl ALBER

Sekr. Hans TSCHIRITSCH

Ing. Leopold GRAB

als Ersatzmitglieder:

Dipl.Ing. Leopold KDOLSKY

Dr. Heinrich BASALKA

Dipl.Ing. Rudolf NASKE

Sekr. Ernst PREISINGER

Dr. Franz GEROLDINGER

als Sachverständige:

Dr. Othmar HESSE

Prof. Dr. Ludwig POPPER

Ing. SCHELEBA

Dr. SCHENK

Ing. SCHNALLHOFFER

Dr. Günther STUMMVOELL

Zu 2:

Im Sinne der Ausführungen zu Z. 7 ergaben sich für das Bundesministerium für soziale Verwaltung für die Mitglieder und Beiratsmitglieder der Kommission sowie für die beigezogenen Sachverständigen bisher keine Ausgaben.

- 16 -

Zu 10 bis 12: keine

Zu 13:

Die Tätigkeit der Arbeitnehmerschutzkommission und ihrer Fachausschüsse ist eine begutachtende, sodaß hierfür eine Finanzplanung nicht erforderlich ist.

Zu 14:

Entfällt mit Rücksicht auf die Beantwortung zu 13.

Der Bundesminister:

